

presse

Waldschutz als politische Verantwortung ernst nehmen

Anlässlich der Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr der Wälder in New York erklären die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Petra Crone und der zuständige Berichterstatter im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Marco Bülow:

Der vielfältige Nutzungsdruck unserer Wälder – von Tourismus bis hin zur Gewinnung von Biomasse – macht einen neuen ökologischen und ökonomischen Diskurs unumgänglich. Die SPD-Bundestagsfraktion ist sehr skeptisch, ob die angekündigte Waldstrategie 2020 der Bundesregierung ökonomischen Nutzen und gesellschaftliche Verpflichtung in Einklang bringen kann, erklären Petra Crone und Marco Bülow zum Jahr der Wälder.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt es ausdrücklich, dass die Vereinten Nationen 2011 zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt haben. Die Entscheidung lenkt den Blick auf eines der wichtigsten und vielfältigsten Ökosysteme auf unserer Erde. Veranstaltungen und Aktionen erfüllen das Jahr des Waldes mit Leben. Gleichwohl bedarf es einer nationalen und internationalen Waldpolitik, die dazu beiträgt den Reichtum der Wälder zu bewahren.

Zentral bleibt für uns die deutsche Zielmarke von fünf Prozent Wald mit eigener Entwicklung. Gleichzeitig sprechen wir uns für Waldnutzungskonzepte aus, die naturverträglich und integrativ sind und soziale Standards einhalten. Hierfür brauchen wir genügend und gut ausgebildetes forstliches Fachpersonal. Der öffentliche Wald sollte aufgrund seiner Vollbildfunktion durchgängig auf Nachhaltigkeit und somit auf eine Zertifizierung durch das Forest Stewardship Council (FSC) setzen.

Gerade der vielfältige Nutzungsdruck unserer Wälder - von Tourismus bis hin zur

Gewinnung von Biomasse - macht einen neuen ökologischen und ökonomischen Diskurs unumgänglich. Die SPD-Bundestagsfraktion ist sehr skeptisch, ob die angekündigte Waldstrategie 2020 der Bundesregierung ökonomischen Nutzen und gesellschaftliche Verpflichtung in Einklang bringen kann.

Auch den internationalen Waldschutz haben wir im Blick. Die voranschreitende Abholzung der letzten verbliebenden Urwälder, zum Beispiel am Amazonas, auf den indonesischen Inseln oder im Kongobecken beschleunigt den Klimawandel immer weiter und nachweislich. Nach dem letzten UN-Klimagipfel in Cancún bleibt die Staatengemeinschaft in der Verpflichtung, wirksame Maßnahmen gegen das Abholzen der Urwälder voranzubringen. Dabei spielt der Mechanismus zur Finanzierung von Minderungsaktivitäten für Emissionen aus der Entwaldung in Entwicklungsländern (REDD+) eine zentrale Rolle. Es mangelt immer noch an langfristigen Finanzierungskonzepten für die Vermeidung von Entwaldung. Einen Ablasshandel für Industrieländer darf es nicht geben.

Die SPD-Bundestagsfraktion appelliert an die Bundesregierung das Internationale Jahr der Wälder als Anlass zu nehmen, den Waldschutz sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene voranzutreiben.